Donnerstag, 17. Mai 1923 · 71. Jahrgang Nr. 229

Berliner Volks-Zeitung

Abend-Ausgabe
Einzelnummer 100 M.

Chefredakteur: Otto Rühle, Berlin-Steglitz

Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin

Brot ... 900	markenfrei 2200	Wasser cbm ... 360	
Milch 1 Liter ... 920		20-Mark-Stück ... 140000	
Zucker Pfund ... 1050—1100		Goldzollaufgeld ... 740900	
Briketts Ztr. 6390: Koks 11940		Schlüsselzahl für Bücher. 3000	
Strom Licht und Kraft .. 1050		Index für Aerzte, Berlin .. 2600	
Gas cbm ... 650		für Aerzte im Reich ... 2764	

Letzte Kleinhandelspreise der Berliner Zentralmarkthalle

Zufuhr in Fischen knapp, Preise höher.

Schellfisch 1400—1600 M., Kabeljau 900—1200 M., Seelachs 1200—1400 M., Dorsch 800—1200 M., Makrelen 1200 bis 1500 M., Rotbars 1450—1600 M., grüne Heringe 800—1200 M., in Eis: Hechte 4000—4500 M., Plötzen 1400 bis 1700 M., lebend: Hechte 6000 bis 6500 M., Pferdefleisch 3200 M., ohne Kn. 3400—3600 M., Margarine 4800 bis 6400 M. d. Pfd., Eier 450—490 M. d. St.

Strassenbahn 300, Umsteig. 450		Fstk.Ort 20, Fern u. Oest. 40 Ausl.	
Hochb. II. 250, 300, III. 200, 250		180, Tschechosl. u. Ungarn 140	
Stadtbahn ... II. 400, III. 250		Brief Ort 40, Fern u. Oest. 100	
Omnibus Teil 300, ganze Str. 400		Ausl. 300, Tschsl. u. Ung. 240	
Droschke: Kr. × 3000, Pt. × 2000		Telegr. 80 d W., Grundgeb. 150	
Teleph 22800, Gespr. 30, Aut. 60		u. Ausland je nach Währung	

Loucheur meldet sich

Eine Rede in Vincennes — „Irgend jemand muß eingreifen" — Eisenbahnkontrolle und Trennung des Rheinlandes von Preußen

Paris, 17. Mai.

Der ehemalige Minister Loucheur äußerte sich gestern abend in einer öffentlichen Rede in Vincennes über die wirtschaftliche Lage Frankreichs. Er sprach vom Versailler Vertrag und seiner Ausführung und sagte u. a.: Wir konnten in den Vertrag die Reparationsziffern nicht einschreiben lassen. Sie mußten begrenzt bleiben durch die Zahlungsfähigkeit Deutschlands. **Wenn man wollte, daß Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt, hätte man ihm die Weltmärkte offenhalten müssen.** Aber Deutschland ist durch die Inflationspolitik fast ruiniert. Es hat dadurch der Welt beweisen wollen, daß es nicht zahlen kann. Seit einem Jahre führt es fast nichts mehr aus. Trotzdem aber will Frankreich bezahlt sein. Als die Ruhrbesetzung vollzogen wurde, war ich kein Anhänger dieser Aktion. Ich habe wohl gedacht, daß man zu Zwangsmaßnahmen kommen müsse, aber ich habe sie im Einverständnis mit allen Alliierten gewünscht. Die Deutschen hegten die Hoffnung, daß die Welt den Einmarsch mißbilligen werde. Deutschland hat auch geglaubt, daß sich Meinungsverschiedenheiten zwischen den Franzosen, die Anhänger der Ruhrbesetzung waren, und denen, die gegen die Besetzung waren, ergeben würden. Deutschland muß sich für besiegt erklären; denn Frankreich ist entschlossen, bis ans bittere Ende zu gehen. Nicht ein Franzose, der dieses Namens würdig ist, kann die Räumung des Ruhrgebiets vor Anerkennung (!) der Rechte Frankreichs billigen. **Irgend jemand muß eingreifen, um des Deutschland zu ermöglichen, seine Verpflichtungen zu erfüllen.** Das ist nur möglich durch eine internationale Anleihe. Amerika, das reserviert bleibt, macht eine ernste Krisis durch. Geld ist Reichtum, aber nur unter der Bedingung, daß man sich seiner bedient. Für Amerika gibt es nur ein einziges Mittel. Geld ausleihen. — Loucheur behauptete dann, daß die von Frankreich verlangte Summe vernünftig sei. Jeder Gedanke einer Annexion des Ruhrgebietes läge Frankreich fern. Die Besetzung dieses Gebietes sei kein Zweck, sondern ein Mittel, denn wenn die Besetzung bis jetzt anscheinend auch kein Ergebnis habe, so habe sie doch die feste Entschlossenheit Frankreichs gezeigt, bezahlt zu werden. Die Besetzung des Ruhrgebietes sei auch eine Garantie, die Besetzung dürfe nur in dem Maße aufgegeben werden, in dem Deutschland seine Verpflichtungen erfülle. Eine internationale Anleihe könne Deutschland die Möglichkeit zu produzieren und zu exportieren gewähren, damit es instand gesetzt würde, die Reparationen zu bezahlen.

Schließlich sprach Loucheur noch von der Sicherheit Frankreichs. Da der amerikanisch-englische Pakt nicht zustandegekommen sei, müßten Maßnahmen auf dem linken Rheinufer getroffen werden. Keine Annexion! Damit würde man den Fehler Bismarcks wieder begehen, der Elsaß-Lothringen annektiert habe. **Ein besonderes Statut für die Rheinprovinz sei aber notwendig.** Man müsse sie der Herrschaft Preußens entziehen; denn Preußen bedeute den Krieg. (!) Außerdem müßte eine internationale Organisation zur Kontrolle der Eisenbahnen auf dem linken Rheinufer geschaffen werden. Frankreich wolle nur sein Recht, aber es wolle auch den Frieden gewinnen.

*

Loucheurs Rede spiegelt seinen bekannten Standpunkt wider. Wenn er auch jetzt mit Poincaré durch dick und dünn geht, so unterscheidet ihn doch etwas Nüchternheit und Ueberlegung von dem starren Fanatismus des Premiers. Seine wirtschaftlichen Auffassungen könnten auch sehr wohl eine Erörterungsgrundlage abgeben. Aber sobald dieser Wirtschaftler auf die Politik zu sprechen kommt, geht es ihm wie jüngst dem Reichskanzler Cuno, der sich in wichtigen innerpolitischen Fragen sehr schlecht beschlagen zeigte. Wieso Preußen, das heutige Preußen, in dem im Gegensatz zum Reich die Sozialdemokratie die wichtigsten Ministerien besetzt hat, den Krieg bedeute, wird wohl einig das Geheimnis des Herrn Loucheur bleiben. Wenn also Herr Loucheur nicht bloß nach billigen Vorwänden sucht für eine Loslösung des Rheinlandes vom Reiche, dann muß er sich umgehend besser zu unterrichten versuchen. Gerade das demokratische Preußen ist eine Sicherheit für den Frieden. Offenbar hat Herr Loucheur den Namen Severing so wenig gehört wie Herr Cuno den Namen Roßbach. Im übrigen ist die Rede Loucheurs mehr eine Angelegenheit der inneren Politik Frankreichs. Es ist eine Wahlrede, und erst die Wahlen von 1924 müssen zeigen, ob Poincaré auch im französischen Volke abgewirtschaftet hat.

Lord Curzon empfängt Krassin

Die Aktion der beiden liberalen Gruppen — Die Krise noch nicht überwunden?

London, 17. Mai. (W. T. B.)

Der „Daily Mail" zufolge verlautet, daß Lord Curzon Krassin heute empfangen wird. Beide Gruppen der liberalen Partei würden bei der heutigen Unterhausdebatte über die Vertagung des Parlaments gemeinsam von der Regierung die Zusage fordern, daß kein Schritt zur Aufhebung des englisch-russischen Handelsabkommens getan wird, bevor diese Frage dem Parlament unterbreitet worden ist.

Dem diplomatischen Berichterstatter der „Daily News" zufolge ist es noch viel zu früh, anzunehmen, daß ein Abbruch der Beziehungen zwischen beiden Ländern abgewandt worden ist.

Rakowski gegen England

Charkow, 16. Mai.

Rakowski hat am Montag auf einer besonderen Sitzung der Sowjets ein großes politisches Exposé über die englische Note an Rußland und die russische Antwort darauf gehalten. Rakowski behauptet, daß England an all den in Frage stehenden Einzelheiten gar nichts gelegen sei, sondern daß ihm nur das Bestehen des Sowjetstaates hinderlich sei. Die englische Note sei nach seiner Meinung eine Aufforderung zu einem Zusammenschluß der ganzen Welt, unter Führung Englands gegen Sowjetrußland. Er warf England imperialistische Tendenzen vor, und sieht in der Ankunft des englischen Stabschefs in Polen und in der englischen und französischen Politik gegenüber Deutschland ein Zeichen für eine große Koalition gegen Sowjetrußland und Deutschland.

Die tschechisch-polnische Annäherung

Ein Interview mit Dr. Benesch — Der Besuch Fochs

Paris, 17. Mai. (Eca.)

Der Berichterstatter des „Petit Parisien" hat anläßlich des Besuches des Marschalls Foch nach der Tschechoslowakei eine Unterhaltung mit dem tschechischen Minister des Auswärtigen Dr. Benesch, über diese Reise. Er fragte den Ministerpräsidenten, ob Foch in der Tschechoslowakei, ebenso wie in Polen, gemeinsam mit dem Generalstab an eine Prüfung der militärischen Lage herangegangen sei, worauf ihm Benesch antwortete, daß diese Frage nicht aufgetaucht sei, da die Tschechoslowakei keine Militärkonvention habe. Natürlich wird der Marschall die Arbeit prüfen, die von der französischen Militärkommission ausgeführt worden sei. Er will unsere militärische Organisation und unsere Soldaten sehen. Der Berichterstatter fragte alsdann weiter: **„Was denken Sie, was die besten Garantien für den Frieden in Zentral- und Westeuropa sind? Beruhen sie nicht in einer Einigung zwischen Polen und der Tschechoslowakei?"** Benesch antwortete ihm, das Einvernehmen zwischen uns und Polen ist notwendig, ist unvermeidlich und wird kommen. Alle diejenigen, die sich ihm widersetzen, sind kurzsichtige Politiker. Wir sind während 300 Jahren in Streit mit ihnen gewesen und haben uns in drei Jahren über einen Vertrag der Zusammenarbeit mit ihnen geeinigt.

Benesch teilte dem Korrespondenten weiter mit, daß Marschall Foch dem Präsidenten der tschechischen Republik die Einladung überbracht habe, nach Paris zu kommen. Der Präsident Masaryk habe die Einladung angenommen und werde sich in nächster Zeit nach Paris begeben, um sich mit Millerand und den übrigen Politikern auszusprechen. Auch Benesch wird sich in nächster Zeit nach Paris begeben, um im Namen Masaryks dem Präsidenten der Republik für die Einladung zu danken und gleichzeitig die Einzelheiten der Reise Masaryks zu regeln.

Unter der Geißel

Neue Verhaftungen

Duisburg, 16. Mai.

Der derzeitige Stellvertreter des Oberbürgermeisters, Beigeordneter Kögel, wurde heute vormittag aus dem Rathaus von belgischen Kriminalpolizisten zu einer Vernehmung durch die Besatzungsbehörde weggeführt. Bis in die späten Nachmittagsstunden war Kögel nicht zurückgekehrt.

Gladbeck, 16. Mai. (W. T. B.)

Am 15. Mai wurden etwa 20 Mitglieder des Klubs „Deutsch-Oesterreicher", die in ihrem Vereinslokal versammelt waren, festgenommen und zur Wache geführt. Im Laufe des Tages wurden sie auf Autos abtransportiert. Das Gasthaus wurde von den Besatzungstruppen geschlossen.

Saarbrücken, 17. Mai. (W. T. B.)

Die „Saarbrücker Landeszeitung" meldet aus Trier: In der Nacht zum 14. Mai wurde auf dem Bahnkörper bei Föhren eine Sprengung versucht. Es wurde, soweit sich feststellen ließ, auf das Gleis der Bahn eine Sprengpatrone gelegt, die bei der Durchfahrt eines Zuges zur Explosion kam, die Gleise auftrib und den letzten Wagen des Zuges zur Entgleisung brachte. Unmittelbar nach Bekanntwerden des Sabotageaktes verhafteten die Franzosen als Geiseln den Beigeordneten Rohr in Schweich, sowie in Föhren den Gemeindevorsteher, den Pfarrer und den Förster. Ueber den Umfang des angerichteten Schadens ist nichts zu erfahren, da die Sabotagestelle durch Soldaten abgesperrt ist. Dem Vernehmen nach soll es bei Wengerohr ebenfalls zu Sprengungen von Bahnanlagen gekommen sein.

Upton Sinclair verhaftet. Nach einer New Yorker Meldung soll Upton Sinclair, der berühmte amerikanische Schriftsteller, der bekanntlich radikaler Sozialist ist, wegen „bolschewistischer" Propaganda verhaftet worden sein. — Wir wünschen im Interesse der amerikanischen Reputation, daß diese Nachricht sich nicht bestätigen möge.

Schnelldienst

Lord Curzon hat heute Krassin empfangen.

In Hörde wurde der Direktor der Phoenix-Gesellschaft verhaftet und nach Witten abgeführt.

Die Untersuchung im Erhardt-Prozeß ist abgeschlossen und dem Reichsgericht übergeben worden. Die Verhandlung gegen Kapitän Ehrhardt wird aller Voraussicht nach Ende Juni stattfinden.

In Königshütte wurden deutsche Firmenschilder von Polen zerstört.

Der Hafenarbeiterstreik in Riga ist durch Vereinbarung auf Grundlage der bisherigen Tarife beigelegt worden.

Reuter dementiert formell die Nachricht, daß es zwischen England und Deutschland zu einem Abkommen über die Bagdadbahn gekommen sei.

Dollar: 46650

Um Groß-Hamburg

(Von unserem Sonderberichterstatter)

Die abgebrochenen Verhandlungen — Ein preußisches Milliardenprojekt — Will das Reich zusehen?

czk. Hamburg, 5. Mai.

Das Problem „Groß-Hamburg" ist gleichbedeutend mit der Frage, ob der größte deutsche Seehafen seine Stellung als erster Hafen des europäischen Kontinents gegenüber der sich ständig steigernden Konkurrenz Antwerpens und Rotterdams auf die Dauer wird behaupten können oder nicht.

Das ist eine Angelegenheit, die in erster Linie nicht Hamburg und Preußen angeht, durch deren Zusammenwirken Groß-Hamburg allein geschaffen werden kann, sondern das Reich, für dessen wirtschaftlichen Wiederaufbau der Hamburger Hafen eine geradezu entscheidende Bedeutung hat. Diese Auffassung ist auch immer wieder in den nun schon jahrelang währenden Verhandlungen über die Groß-Hamburg-Frage von allen Parteien hervorgehoben worden, ja, jede Forderung auf der einen Seite und jedes Verweigern auf der andern ist stets mit dem Reichsinteresse motiviert worden. Nur leider ist die Angelegenheit damit nicht nur keinen Schritt weitergekommen, sondern nach dem neuesten Stand der Dinge müssen die Verhandlungen als abgebrochen oder doch wenigstens auf unabsehbare Zeit hinaus vertagt angesehen werden.

Trotzdem ist bisher nichts davon zu merken, daß die Reichsregierung von sich aus die Initiative ergriffen hat, um nun endlich darauf hinzuwirken, daß dem Trauerspiel deutschen Partikularismus, zu dem der Kampf für und wider Groß-Hamburg sich jetzt vollends entwickelt hat, ein Ende zu machen und die Interessen der gesamtdeutschen Wirtschaftspolitik gegenüber der kleinlichsten provinzialen Eigensucht durchzusetzen.

Der augenblickliche, äußerst kritische Stand der Dinge ist dadurch geschaffen worden, daß Preußen einen Schritt getan hat, der praktisch eine Vorwegnahme des Verhandlungsergebnisses in sehr einseitig preußischem Sinne bedeutet. Die Regierung hat dem Staatsrat einen Gesetzentwurf zugehen lassen, der die Erschließung der Elbinsel Wilhelmsburg mit einem Kostenaufwand von 48 Milliarden fordert. Der Nordteil dieser Insel ist Hamburger Staatsgebiet und in äußerst intensiver Weise für den Hafenbetrieb ausgenutzt. Preußisch-Wilhelmsburg dagegen ist nur sehr spärlich besiedelt, unmittelbar jenseits der Hamburger Grenze dehnt sich weites Acker- und Wiesenland. Ein Blick auf die Karte lehrt, daß dieses Gebiet eine ideale und heute einzig mögliche Erweiterung des Hafenbeckens abgeben würde. In der Tat hat in der letzten Zeit allein dieses Gebiet in den preußisch-hamburgischen Verhandlungen noch eine Rolle gespielt, nach dem man in Hamburg viel weitergehende Pläne — wie die Einbeziehung von Altona, Harburg und Wandsbek — angesichts der ablehnenden Haltung Preußens längst fallengelassen hatte. Die Angliederung Wilhelmsburgs aber ist als unabweisbare Notwendigkeit betrachtet worden. Indem Preußen jetzt dieses Gebiet auf eigene Faust „erschließen" will, also nicht im Sinne einer systematischen Einfügung in das Hamburger Hafensystem, hat es das Projekt Groß-Hamburg endgültig zum Scheitern gebracht. Es bleibt nur die Hoffnung, daß das Wilhelmsburger Milliardenunternehmen doch nicht ausgeführt wird.

Zu dieser Hoffnung berechtigt vielleicht die Aufnahme, welche der Regierungsentwurf auf Wilhelmsburg selbst gefunden hat, wo man merkwürdigerweise von dem Milliardensegen gar nichts wissen will! Als vor kurzem eine Kommission des preußischen Staatsrats mit dem Handelsminister Siering an der Spitze zum Studium der Frage dort weilte, fand eine Aussprache mit den lokalen Behörden und den Vertretern der beteiligten Korporationen statt, in der dem Regierungsentwurf durch die Wilhelmsburger so scharf opponiert wurde, daß der Minister sich veranlaßt sah, mit der Zurückziehung des ganzen Entwurfes zu „drohen". Die Wilhelmsburger erklärten, daß das auf eine ganze Reihe von Jahren hinaus festgelegte Bauprojekt, das die Schaffung zweier schiffbarer Wasserläufe durch die Insel vorsieht, wohl dem preußischen Fiskus Vorteile bringen werde, sie selbst aber sich davon keinerlei Gewinn versprächen, dagegen be-

fürchteten, daß die Regierungspläne auf eine Vereinigung ihres Ortes mit Harburg hinausliefen.

Man hat nämlich von seiten Preußens den wahrlich nicht sehr glücklichen Einfall gehabt, dem Verlangen nach einem „Groß-Hamburg" den Plan eines „Groß-Harburg" gegenüberzustellen. Tatsächlich hat man bereits in Harburg Hafenbauten aufgeführt, die für absehbare Zeit selbst dann nicht ausgenutzt werden könnten, wenn Stinnes seinen Kohlenumschlag daselbst verdoppelte. „Groß-Harburg" kann nur gebildet werden durch das Gebiet von Moorburg, das zu Hamburg gehört, und durch Wilhelmsburg. Die Wilhelmsburger lehnen jede Angliederung an Harburg scharf ab, unmittelbar nach dem Besuch des Handelsministers faßten die dortigen Gewerkschaften eine Resolution, in der zum Ausdruck gebracht wurde, daß Wilhelmsburg in jeder Beziehung nach Hamburg tendiere und eine Vereinigung mit Hamburg erstrebe.

Dieses Durcheinander der Wünsche und Interessen ist nur die natürliche Folge der Art, in der Preußen von vornherein an das Groß-Hamburg-Problem herangetreten ist. Es kennzeichnet die Situation, daß Herr Südekum, der ehemalige „preußische Staatskommissar gegen Groß-Hamburg", wie er hier allgemein genannt wird, noch jüngst vor der Harburger Handelskammer eine Rede von so engstirnigem Partikularismus vom Stapel lassen konnte, daß die preußische Regierung selbst sich veranlaßt sah, die Verantwortung dafür abzulehnen unter nachdrücklichem Hinweis darauf, daß die Ansichten des Herrn Südekum rein privater Natur seien und sie sich keineswegs mit ihm identifiziere. Aber dieser Mann hat lange Zeit für Preußen in der Groß-Hamburg-Frage verhandelt. Wie diese Verhandlungen geführt wurden, erhellt aus der Tatsache, daß ein Teil der Provinzpresse in Schleswig-Holstein es fertig brachte, etwaige Gebietsabtretungen zugunsten Hamburgs in Vergleich zu setzen mit der Abtretung nordschleswigschen Gebietes an Dänemark! Dieser Vergleich wirkte um so aufreizender, als Hamburg selbst jede Forderung auf hannoversches Gebiet in dem Augenblick fallen ließ, als die Welfenbewegung einsetzte, um so der preußischen Mehrheit in Hannover keine Stimme zu entziehen, obwohl diese Majorität auch ohne das in Frage kommende Gebiet ansehnlich genug wäre.

Es ist zu verstehen, daß die Reichsregierung bisher in die im Fluß befindlichen Verhandlungen nie direkt eingegriffen hat, weil sie von der Anschauung ausging, daß Hamburg und Preußen von sich aus zu einer befriedigenden Lösung gelangen müßten. Nachdem aber jetzt die Gefahr besteht, daß durch das Wilhelmsburg-Projekt Tatsachen geschaffen werden könnten, die irreparabel sein würden, muß es als notwendig gelten, daß die Reichsinteressen in wirksamerer Weise geschützt und gefördert werden, als es durch theoretische Deklamationen geschieht.

Das Reich muß die Initiative ergreifen, um die Groß-Hamburg-Frage aus dem sumpfigen Gewässer einer Provinzialangelegenheit in das offene Fahrwasser der Diskussion über den deutschen Welthafen zu bringen. Es wird dabei sowohl bei Preußen wie bei Hamburg auf bessere Einsicht dringen müssen, als bisher gezeigt worden ist. Denn auch in Hamburg sollte man sich darüber klar sein, daß es Fragen gibt, in denen es einen entgegenkommenderen Standpunkt Preußen gegenüber einnehmen könnte, ohne seine wirklich vitalen Interessen zu schädigen. Hamburg hat den großen Vorteil, daß seine eigenen Wünsche in sehr weitem Maße sich decken mit dem Interesse des Reiches. Um so mehr sollte es darauf bedacht sein, sich nicht da zu sperren, wo diese Interessen nicht berührt werden. Die Einigung darf weder an Wilhelmsburg und Harburg, noch an Moorburg und den hamburgischen Walddörfern, die als Enklaven in preußischem Gebiet liegen, scheitern. Und das Reich muß endlich die Führung übernehmen in dieser Frage, von deren glücklicher Lösung für die deutsche Wirtschaft Entscheidendes abhängt, und die einen weiteren Aufschub — gar einen solchen ad calendas graecas — keineswegs verträgt.

Diktatur! Wie aus Rom gemeldet wird, ist dem Abgeordneten Matteotti, der die sozialistische Partei auf dem Internationalen Hamburger Sozialistenkongreß vertreten sollte, von der Regierung der Reisepaß verweigert worden.

Passive Handelsbilanz Amerikas? Der Korrespondent der „Morning Post" teilt aus Washington mit, daß zum ersten Male seit April 1914 die Importziffer der Vereinigten Staaten im verflossenen März die Exportziffer überschritten hat.

Deutschlands Antwort an die Alliierten

Das Ergebnis der Regierungsbesprechungen

Es darf nach der gestrigen Reichstagssitzung als sicher gelten, daß die Reichsregierung die Noten der fünf Hauptmächte des Versailler Vertrages beantworten wird, und zwar wird angenommen, daß auf Grund der englischen Anregungen ein erweitertes und, besonders hinsichtlich der Garantien entsprechend ausgebautes Angebot an die alliierten Regierungen gerichtet werden wird. Die Frage, ob die Noten der alliierten Mächte einzeln oder in einer Kollektivnote beantwortet werden sollen, ist noch nicht entschieden, dagegen darf man annehmen, daß die deutsche Antwort und das neue Angebot mit möglichster Beschleunigung fertiggestellt werden. Immerhin ist damit zu rechnen, daß diese Fertigstellung erst nach Pfingsten erfolgt.

*

Ueber die Sitzung des Reichskabinetts, die am Dienstag nachmittag stattgefunden hat, meldet noch die Eca-Korrespondenz, daß bis jetzt noch kein fester Beschluß gefaßt worden ist. Auch die Meldungen, daß die Regierung förmliche Rückfragen bei der englischen und italienischen Regierung gestellt hat, treffen in dieser Form nicht zu. Selbstverständlich steht sie aber durch ihre Vertreter im Ausland mit den fremden Regierungen in Fühlungnahme. Auch ist es unwahrscheinlich, daß die Beantwortung der fremden Noten in möglichst kurzer Frist erfolgen wird. Wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, rechnet man hier damit, daß, wenn die Frage entschieden ist, ob eine Antwort der Reichsregierung erfolgen soll, sehr eingehende und genaue Erwägungen stattfinden werden. Es ist selbstverständlich, daß eine engere Fühlungnahme als bisher mit den politischen Parteien erfolgen wird. Aus alledem ergibt sich, daß mit einer sehr baldigen Beantwortung der fremden Noten aller Voraussicht nach nicht gerechnet werden kann. Denn das entscheidende ist nicht die Absendung der Note, sondern die genaueste Abwägung ihres sachlichen Inhalts.

Talentlose Erfinder

Keine „Fusion" zwischen D. D. P. und D. V. P.

Der „Demokratische Zeitungsdienst" schreibt:

In verschiedenen Teilen des Reiches werden in der sogenannten neutralen, d. h. rechtsgerichteten Presse Notizen veröffentlicht, die sich mit angeblichen Verhandlungen zwischen der Deutschen demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei zwecks Vereinigung der beiden Parteiorganisationen befassen. Bereits vor einiger Zeit ist von der Deutschen demokratischen Partei parteiamtlich erklärt worden, daß derartige Verhandlungen nicht geführt werden. Wenn trotzdem diese Gerüchte weiter verbreitet werden, so muß man annehmen, daß bestimmte Kreise an einer weiteren Verbreitung Interesse haben. Es liegt nahe, zu denken, daß man derjenigen will, in die Reihen der Demokraten Unsicherheit zu tragen. Bestimmt verfolgt diesen Zweck eine Notiz, die im „Oberschlesischen Anzeiger" vom 15. Mai erscheint, und in der von einer bevorstehenden „Uebernahme der Geschäfte der Deutschen demokratischen Partei durch die Deutsche Volkspartei" berichtet wird. Der hellhörige Berichterstatter weiß sogar zu melden, daß der „Gewerkschaftsflügel unter Erkelenz sich in diesem Fall den Sozialdemokraten anschließen würde". Derartigen törichten Gerüchten gegenüber kann nur aufs Nachdrücklichste erklärt werden, daß an dem ganzen Gerede kein wahres Wort ist, und daß die Anhänger der Demokratischen Partei sich durch derartige Quertreibereien nicht beirren lassen werden.

Kundgebung des Reichsbundes für Siedlung. In einer vom Reichsbund für Siedlung und Pachtung, Ortsgruppe Berlin, einberufenen öffentlichen Kundgebung referierte der Vorsitzende des Bundes, Gustav Hoeft, über das vom Bunde eingeleitete Volksbegehren und die Beweggründe, die dazu geführt haben. Er streifte in sachlichen Ausführungen alle für und wider und betonte, daß der Bund nicht zu bewegen sei, diese so wichtige Frage den Parlamenten und Parteien zu überlassen. Die Anwesenden, darunter zahlreiche Bundesfreunde vom Lande, spendeten dem Referenten reichlichen Beifall.

Die Staatsbergwerke als G. m. b. H.

Sitzung des preußischen Staatsrats

Der preußische Staatsrat hielt heute eine kurze Sitzung ab, in der zunächst dem Gesetzentwurf betr. Uebertragung der Verwaltung und Ausbeutung des staatlichen Bergwerksbesitzes an eine G. m. b. H. zugestimmt wurde. Bei dieser Gelegenheit nahm der Berichterstatter, Dr. Beuckenburg, Veranlassung, auf Ausführungen des kommunistischen Abg. Koenen im Reichstage zurückzukommen, der dort behauptet hatte, daß die Bergwerksbesitzer mit den Franzosen zusammenarbeiten. Diese Behauptung sei vollkommen unwahr. Die Unternehmer hätten weder Kohlen für die Franzosen fördern lassen, noch die Abfuhr der Haldenkohlen unterstützt. Die Unternehmer seien vor wenigen Wochen dazu übergegangen, zur Vermeidung von Transporten von Koks ihre Kokereien stillzulegen, trotz des großen Schadens, der durch das Erkalten entsteht. Da könne doch kein Mensch annehmen, daß sie wenige Tage später den Franzosen helfen sollten. Im Gegenteil werde der passive Widerstand sowohl seitens der Arbeitgeber als auch der Arbeiterschaft in schärfstem Maße weiter durchgeführt. (Lebh. Beifall.)

Zu dem Gesetzentwurf wurde folgende Entschließung angenommen:

„Der Staatsrat begrüßt das Bestreben des Staatsministeriums, den staatlichen Bergwerken eine den heutigen Zeitverhältnissen entsprechende Betriebsform zu geben. Der Staatsrat erklärt sich auch einverstanden mit der Auffassung des Staatsministeriums, daß eine Ueberführung dieser staatlichen Unternehmungen in privatwirtschaftlich Verfügungsgewalt nicht angebracht ist. Die in dem Gesetzentwurf vorgesehene Betriebsform mit Hauptgesellschaft und Einzelgesellschaften hält der Staatsrat aber nicht für richtig. Er empfiehlt dem Staatsministerium eine Umarbeitung des Gesetzentwurfes dahingehend, daß die staatlichen Erwerbsunternehmungen in einer Aktiengesellschaft mit zentraler Leitung zusammengefaßt werden. Diese Gesellschaftsform bietet für eine zweckentsprechende Gliederung den nötigen Spielraum, wahre aber die Einheitlichkeit der Verwaltung besser als der Vorschlag des Entwurfs. Ferner ist der Staatsrat der Meinung, daß der Einfluß der Volksvertretung in der Verwaltung entsprechend der demokratischen Staatsform durch entsprechende Vertretung im Aufsichtsrat ausreichend gewahrt werden muß."

Zugestimmt wurde dem Gesetzentwurf betr. Erhöhung der Wohnungsbaubabgabe.

Auf Antrag des Oberbürgermeisters Böß zieht der Staatsrat seinen vor einigen Tagen erhobenen Widerspruch gegen die Vorlage über die Durchführung des Grundstücksperrgesetzes für Groß-Berlin zurück.

Die neue Kohlenpreiserhöhung

Um 27 Prozent

Gestern fand eine gemeinsame Sitzung des großen Ausschusses des Reichskohlenrates und des Reichskohlenverbandes statt, um über die durch die Lohnerhöhungen im Bergbau notwendig gewordene Kohlenpreiserhöhung zu beschließen. Die Preiserhöhung ab 16. Mai soll den Ausgleich für die am 16. Mai eingetretene neue Lohnerhöhung bilden. Darüber hinaus sollen für 3 Bezirke, nämlich für Oberschlesien, sowie für den mitteldeutschen und den ostelbischen Braunkohlenbezirk die Kohlenpreiserhöhungen sich nach den Vereinbarungen in den Vorverhandlungen noch unter dem Rideau der am 16. Mai bewilligten Lohnerhöhungen halten. Die auf Grund dieser Vorverhandlungen einstimmig festgelegten Nettopreiserhöhungen ohne die noch zuzuschlagenden Steuern und Abgaben betragen für den rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau (Ruhrfettförderkohle) 21 150 Mark, für den Bezirk Aachen-Eschweiler (durchschnittlich) 24 383 Mark, für Aachen-Worsteren 28 735 Mark, für Sachsen 23 709 Mark, für Niederschlesien 19 110 Mark, für Oberschlesien 5890 Mark, für Niedersachsen-Berlinghausen 19 638 Mark, für Niedersachsen-Ibbenbüren 71 168 Mark, für Briketts 11 730 Mark, für rheinische Braunkohle (Rohkohle) 3687 Mark, desgleichen Briketts 12 970 Mark, für mitteldeutsche und ostelbische Braunkohlen (Rohkohle) 3772 Mark.

Auf Grund dieser Preiszuschläge stellt sich nunmehr der Preis für Ruhrfettförderkohle einschließlich Kohlen- und Umsatzsteuer sowie Handelsnutzen ab Zeche auf 143 510 Mark gegen bisher 111 117 Mark, was eine Erhöhung von 27 Prozent bedeutet. Rheinische Braunkohle (Briketts) stellt sich nunmehr auf 88 500 Mark gegen bisher 70 450 Mark, rheinische Förderbraunkohlen auf 25 080 Mark gegen bisher 19 565 Mark, mitteldeutsche und ostelbische Hausbrandbriketts auf 84 950 Mark gegen bisher 69 027 Mark, alles je Tonne.

*

Hinter der Eisenbahn will auch die Post nicht zurückbleiben. Wie verlautet, wird der Verkehrsbeirat beim Reichspostministerium noch vor Pfingsten zusammentreten und über eine Verdoppelung der Postgebühren Beschluß fassen.

Die Bohème ist tot!

Von

Hardy Worm

Die Bohème ist tot! Wen erschüttert das? Der Bürger hat sie nie gekannt. Er hat in den seltensten Fällen Verständnis besessen für die Lebensgewohnheiten am Menschen, die den Rhythmus eines Verses, die Klangfarbe eines Tones für wichtiger hielten als den Handelsteil einer Zeitung. Er empfand Unbehagen, wenn seine solide, auf großen Beinen ruhende Lebensauffassung belächelt und ob ihrer Richtigkeit von Leuten angezweifelt wurde, deren Lebenziel nicht in einer gesicherten Existenz, einer Altersrente bestand. Der Normalbürger duldete den Künstler, wie man etwas duldet, was einem nicht direkt nutzt, aber auch nicht gefährlich werden kann. Der Bürger bemitleidete den Künstler aus falscher Einstellung heraus. Bürger und Künstler lebten aneinander vorbei. Jeder hütete sein Reich und ignorierte den, den er brauchte.

Die Lebensverhältnisse vor dem Kriege gewährleisteten der Bohème die Existenz. Die Künstler, in materieller Hinsicht anspruchslose Menschen, konnten sich durchs Leben schlagen, ohne den Erfordernissen des Marktes allzu stark Rechnung zu tragen. Immerhin war es natürlich auch damals schwer, sich als freier Schriftsteller zu behaupten.

Der Krieg unterminierte den freiesten aller Berufe. Eine Zeit, in der der liebe Gott das Eisen wachsen ließ und der Merkantilismus breite Schichten des Volkes ergriff, ging an dem Künstler nicht spurlos vorüber. Sie schluckte ihn auf. Die Verteuerung aller Bedarfsartikel, das Erlahmen geistiger Interessen, die durch den Wilhelminismus großgezüchtete Verkitschung stellte den Bohémien vor die Wahl, entweder zu verhungern oder sich den Ansprüchen des Marktes anzupassen. Ein Ausweg bestand noch in der Wahl eines andern Berufes. Einige gingen den letzten Weg. Sie gingen ihn blutenden Herzens und zerbrachen dann in einem Kontor an den rauhen Forderungen des Alltags. Denn nicht alle waren solche starken Naturen wie Walt Whitman, der von Beruf zu Beruf wanderte, ohne dadurch in seiner schöpferischen Produktion behindert zu werden. Man kann in der Beurteilung des Wertes der Dichtkunst verschiedener Meinung sein. Ob man sie der Handarbeit gleich oder ob man sie darüber stellt, ist vollkommen belanglos für die Tatsache, daß es Naturen gegeben hat und noch gibt, die unfähig sind, einen sogenannten praktischen Beruf auszuüben, sich in ein Arbeitsschema pressen zu lassen. Für diese ewig Ruhelosen bietet unsere Zeit keine Existenzmöglichkeit mehr. Eines Tages verstummt der Mund eines Sängers, eine belanglose Lokalnotiz meldet einen Selbstmord. Und nur die mit dem Verstorbenen ganz intim befreundet gewesenen Menschen wissen, welch' große Hoffnung zerstört worden ist. Man gedenkt heute in harten Stunden vergangener Zeiten. Und für einen Augenblick taucht noch einmal die Lebenssphäre der Bohème auf. Man blickt wehmütig auf die geschmacklose Diele, an deren Stelle sich früher das alte Café des Westens befand, man blickt wehmütig auf einige kleine Weinstuben, wo sich früher alle trafen, die die Welt aus einer anderen Perspektive als aus der eines abgehetzten, kleinen Gewerbetreibenden betrachteten. Man denkt — frei von verlogener Sentimentalität — zurück an die Stunden, in denen man mit Geisteskameraden die Dinge dieser Welt sezierte. Und man kommt sich mit einem Male so alt vor. Hat die Distanz zu den starken geistigen Strömungen der Vorkriegszeit fast völlig verloren.

Die letzten Jahre des wilhelminischen Zeitalters haben uns eine Industrialisierung der Kunst gebracht. Sie haben einige starke Talente sichergestellt und dem Gros knapp das Existenzminimum gewährt. Die Nöte der Nachkriegszeit aber haben den freien Berufen fast jede Daseinsmöglichkeit genommen. Die Zeitungen, die früher ein immerhin beachtenswertes Absatzgebiet für den Literaten waren, sind heute stark im Raum beschränkt und stützen sich auf ihre alten Mitarbeiter. Diese Blätter pflegen im Unterhaltungsteil das Courts-Mahler-Genre und nehmen somit jedem Begabten die Möglichkeit, mitzuarbeiten und vor die Oeffentlichkeit zu treten. Und auch die keinen literarischen Zeitschriften, die noch kurz nach Kriegsende aus dem Boden schossen und als Sprachrohr vieler Begabter dienten, existieren längst nicht mehr. Sie sind an der wirtschaftlichen Notlage der literarisch interessierten Kreise zugrunde gegangen. Wie überhaupt jetzt alles auf schwankenden Füßen ruht, was nicht dem Geschmack des Bücher kaufenden Publikums Rechnung trägt. Die Verleger können unbekannte Autoren nicht mehr durch Drucklegung ihres Werkes fördern. Die Herstellungskosten verbieten jedes Experiment. Die Verleger beschränken sich auf Neuauflagen gangbarer Bücher oder auf Herstellung von Massenauflagen des üblichen Kitsches. Das literarische Kabarettprogramm stieß auf Verständnislosigkeit beim Publikum und mußte den Damenboxkämpfen und dem Nacktanz weichen.

Die Bohème ist tot und wird nie wieder wie ein Phönix aus der Asche erstehen. Die junge Dichtung liegt in der Agonie. Nicht weil es uns an Begabungen fehlt — und das ist immerhin tröstlich! —, sondern weil die Begabten der Plattform ermangeln. Jedes neue Talent hat heute schwerer zu ringen als in der Vorkriegszeit. Früher war „Ruhm über Nacht" möglich, jetzt nicht. Unter der Hemmung der neuen geistigen Strömung leiden vorerst nur die literarisch Interessierten. Bald aber wird die breite Masse, politischen Zankes müde, nach der Ausdrucksform ihrer Wünsche und Sehnsüchte schreien.

Im Künstlerhaus

Dem vor einiger Zeit verstorbenen Professor Emil Doepler d. j., dem bekannten Heraldiker aus der Wilhelminischen Aera, hat der Künstlerverein, dessen prominentes Mitglied Doepler jahrzehntelang war, eine Gedächtnisschau bereitet. Nicht der Heraldiker und Schriftkünstler und bezeichnende Vertreter einer heute abgetanen Emblemik wird hier gezeigt, sondern eine Seite seines Schaffens, die bisher kaum bekannt war. Wir sehen Doepler hier als den Maler, der mit sicherem und sehr feinem Pinselstrich alte Burgen und Landschaften aquarellierte. Diese Bilder wirken ungemein sympathisch, wie dieser Mensch wirkte, dessen künstlerischem Schaffen wir zwar heute fernstehen, dem aber die Jugend als ihrem Lehrer am Kunstgewerbemuseum an handwerklicher Unterweisung viel zu verdanken hat.

In Dr. D. Alberts sehen wir einen Maler, der als Porträtist das Salonbild pflegt und als Karikaturist reichlich altbacken wirkt. Auch sonst bietet die Künstlerhausschau nichts Aufregendes. Dettmanns flott und mit feiner Empfindung gemalte Landschaften machen vielleicht eine Ausnahme.

ec.

Eine Frau ohne Magen. Einem irischen Arzte, Dr. William Wheeler, ist eine sehr kühne Operation gelungen. Wie er in einem Bericht an die irische Royal Academy of Medicine mitteilt, entfernte er bei einer 60jährigen Patientin, die an einem großen Magengeschwür litt, dieses Organ durch einen operativen Eingriff völlig. Die Genesung der Kranken nahm den besten Verlauf, und sie gibt heute bereits fester Nahrung vor flüssiger den Vorzug.

Eine Riesenzwiebel. Einige Jahre vor Napoleons Tode war ein schottischer Gartenkünstler Neil, der Sekretär der schottischen Hortikulturgesellschaft, auf dem Kontinent, und er beschrieb seine Reise in einem Buche. Er berichtet von seinem Besuch in Malmaison, dem früheren Sitz der Kaiserin Josephine. Diese Fürstin war eine große Garten- und Blumenfreundin, und ihren Gewächshäusern in Malmaison strömten von allen Erdteilen seltene Gewächse zu. In einem Gewächshaus sah Neil die Originalzwiebel der Brunsvigia Josephinae. Sie war seinerzeit vom Kap der guten Hoffnung von einem holländischen Sammler nach Holland gebracht worden und gelangte von da zur Kaiserin. Bei ihrer ersten Blüte wurde sie in Redoutes Buch der Liliaceen unter dem Namen Amaryllis Josephine aufgenommen. Neil erzählt dann weiter: „Die Zwiebel, die nun ungefähr seit siebzehn Jahren sich in Malmaison befindet, mißt heute an der Oberfläche der Erde zwei und einen halben Fuß im Umfang."

Groß-Berlin

Gefälschte Bilder

Unter der Anklage des Betruges

Grobe Fälschungen von Bildern und Zeichnungen, durch die das Ansehen hervorragender deutscher Künstler wie Max Liebermann, Slevogt, Käthe Kollwitz u. a. im Auslande schwer herabgesetzt wurde, da es sich um Fälschungen plumpester Art handelt, beschäftigte heute die 6. Strafkammer des Landgerichts III.

Unter der Anklage des Betruges, der Unterschlagung und der Urkundenfälschung hatte sich der Maler Max Rothe-Maro zu verantworten. Der Angeklagte war ursprünglich Famulus bei einem Maler und ist in dessen Begleitung auch im Auslande gewesen. Durch diese Beschäftigung hatte er sich einige Technik im Malen und Zeichnen angeeignet und hat nach dem Kriege selbst Bilder gemalt. Von einem Bekannten, einem Schulamtskandidaten Schönebeck, hatte er etwa 40 Bilder erworben, die er zum Teil restauriert hat, um sie dann gewinnbringend zu verkaufen. Inzwischen hat der Angeklagte einen großen Schwindel mitinszeniert, indem er eine Genossenschaft junger Maler ins Leben rief. Es sollten Ausstellungen im In- und Auslande von jungen Künstlern veranstaltet werden. Der Angeklagte hatte auch erzählt, daß er bereits mit einem holländischen Diamantenkönig wegen einer Ausstellung in Amsterdam in Verbindung getreten sei. Aus dieser Gründung ging dann eine neue Gründung, die Deutsche Künstlerhilfe, hervor, die der Angeklagte mit großem Tamtam in die Welt setzte. Er fertigte Briefbogen an, Satzungen, sprach von einer „Arbeitsgemeinschaft Deutscher Künstler E. V.", erwähnte Generalversammlungen und deren Beschlüsse und schickte an eine Reihe namhafter Persönlichkeiten, darunter Minister Rathenau, Dernburg, an den schwedischen Gesandten in Berlin, die deutsche Gesandtschaft in Stockholm usw. Schreiben, auf Grund deren ihm auch verschiedene Geldsendungen zugegangen sind, die der Angeklagte aber für sich selbst verbrauchte, da die ganze Organisation nur in seiner eigenen Person beruhte. Er schickte dann in das Ausland durch Vermittlung der Gesandtschaften Kollektionen von Zeichnungen und Bildern bekannter Maler und Zeichner. Diese Werke waren aber teils Kopien minderwertiger Art, teils seine eigenen Arbeiten, die er mit dem Namen des betreffenden Künstlers zeichnete. Den deutschen Künstlern wurde ein schwerer Vorwurf im Auslande gemacht, daß sie so minderwertige Arbeiten versandten. Schließlich hat Professor Max Liebermann Strafantrag gestellt.

Der Angeklagte ist im allgemeinen geständig. Er verteidigt sich damit, daß er in schwere Notlage geraten sei, einmal durch Krankheit seiner Frau und dann dadurch, daß Schönebeck auch seine eigenen Bilder mitbeschlagnahmt hatte. Dadurch sei er nicht in der Lage gewesen, sich Material zur Herstellung neuer Bilder zu beschaffen. Als Sachverständiger zu der Verhandlung ist Professor Ammersdorfer, ständiger Sekretär und Senator der Akademie der bildenden Künste in Berlin, geladen. Der gerichtliche Sachverständige Dr. Ludwig Hirsch hat den Angeklagten, der seit 5½ Monaten in Haft ist, auf seinen Geisteszustand untersucht. Er bezeichnet ihn als hochgradig nervös und minderwertig.

Protestkundgebung der Mieterorganisation. Vom Mieterverband Gau Berlin im Bund Deutscher Mietervereine wird uns geschrieben: „Der erweiterte Vorstand unserer Organisation hat sich am Mittwoch mit der Frage der Mietszuschläge beschäftigt. Dabei wurde insbesondere scharfe Kritik daran geübt, daß die Hausbesitzer unmittelbar nach den erheblichen Mietserhöhungen für Mai geradezu ungeheuerliche neue Erhöhungen für Juni gefordert haben, und daß die Behörde den Forderungen des Hausbesitzes in stetig steigendem Maße nachgab. Es wurde einstimmig beschlossen, am Sonntag, 27. Mai dieses Jahres, eine große öffentliche Protestkundgebung unter freiem Himmel zu veranstalten und sofort die Vorbereitungen für einen Mietszahlungsstreik zum 1. Juni dieses Jahres zu treffen, falls zu diesem Zeitpunkt eine neue Mietserhöhung beschlossen werden sollte.

Verschlechterung der Großstadtgesundheit. Die Gesundheit der deutschen Großstädte hat sich in der Woche vom 22. bis zum 28. April insofern verschlechtert, als die Sterblichkeit in 21 Städten gestiegen und nur in 19 gefallen ist. Sie blieb gleich in Bochum mit 14,9, Mülheim a. d. Ruhr mit 15,1 und Stuttgart mit 12,6. Die Sterblichkeit stieg in Dortmund auf 14,6, Duisburg 13,8, Barmen 10,8, Elberfeld 13,4, Aachen 16,4, Krefeld 15,5, Oberhausen 15,6, Kiel 14,9, Breslau 17,4, Magdeburg 16,2, Halle a. S. 11,7, Leipzig 12,4, Frankfurt a. M. 7,9, München 13,6, sie fiel in Berlin auf 12,9, Alt-Berlin 14,3, Neu-Berlin 11,6, Köln 11,1, Essen 10,0, Düsseldorf 9,5, Hamburg 11,6, Königsberg i. P. 13,4, Hannover 11,7, Dresden 12,5, Mannheim 7,0, Wiesbaden 9,2.

Die Zulagen für vereinigte Schul- und Kirchenämter. Die Stellenzulage für Volksschullehrer darf nach dem Diensteinkommensgesetz nicht höher sein als die Summe der Einkünfte aus dem Schul-, Kirchen- und Stiftungsvermögen, das zur Dotation des vereinigten Amtes bestimmt ist, der Zuschüsse aus den Kirchenkassen und Kirchengemeinden, der sonstigen Einnahmen aus dem Kirchendienst und dem Nutzungswert des Anteils an dem Schul- und Küsterhaus oder Gehöft, der den kirchlichen Interessenten gehört. Diese Einkünfte werden auf das Grundgehalt mit dem Betrag der Stellenzulage angerechnet, der Nutzungswert der Dienstwohnung auf den Ortszuschlag nebst Ausgleichszuschlag. Nach einer Verfügung des Volksbildungsministers wird die Stellenzulage also nicht besonders als Vorgehalt aus der Landesschulkasse gezahlt. Andererseits wird aber alles, was auf das Diensteinkommen anzurechnen ist, aus der Landeskasse erstattet. Der Wert des Küsterhauses wird nicht doppelt zugrunde gelegt.

Fünfzig Jahre Pestalozzi-Fröbelhaus. Im Festsaal des neuen Schöneberger Rathauses versammelte sich dieser Tage der weite Kreis der Freunde und Schülerinnen um das Direktorium zur Feier des fünfzigjährigen Jubiläums des Pestalozzi-Fröbelhauses. Ein Prolog feierte die Begründerin des Hauses Henriette Schrader. Die Erziehungsgedanken dieser Frau beleuchtete Minister Dominikus in seiner Festrede. Aus einer kleinen privaten Anstalt ist das Pestalozzi-Fröbelhaus zu einer für das ganze Reich wirksamen Institution geworden, die siebenundzwanzig verschiedene Anstalten und vier Seminare umfaßt, 116 Lehrkräfte beschäftigt, und täglich mehr als 1000 Kinder versorgt. Dr. Breymann, ein Neffe Henriette Schraders, zeichnete das Charakterbild von Henriette und Karl Schrader, die gemeinsam diese vorbildliche Stätte der Volkserziehung schufen. Frau Dr. Hedwig Heyl, die Begründerin der Hauswirtschaftsschule in P. F. H. II, schilderte den Aufbau dieser Schule, die zum erstenmal nach neuer Methode im Unterricht wissenschaftliche, hygienische und praktische Gesichtspunkte vereinigte. Bürgermeister Berndt überbrachte die Glückwünsche von Schöneberg, Frau Stadtrat Weyl die von Großberlin, Geh. Rat Pallat vom Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht und vom Kultusministerium. Frau Direktor Klostermann sprach für den deutschen Fröbel-Verband, Fräulein Abicht für die ehemaligen Schülerinnen, Fräulein Noack sprach für die Berufsorganisation der Kindergärtnerinnen. Allgemeiner Gesang schloß die Feier.

Die Gutswirtschafterin mit dem Lebensmittelpaket. Einen Schwindel eigener Art betreibt eine 33 Jahre alte Schneiderin Elisabeth Lehmann aus Nauen. Sie spielt in den Bahnhofsvierteln die Gutswirtschafterin und erzählt, daß sie die Absicht gehabt habe, Bekannten ein Paket mit wertvollen Lebensmitteln zu überbringen. Leider habe sie die Leute nicht zu Hause getroffen. Sie sei nun gezwungen gewesen, das Paket zu hinterlegen, weil sie wieder abfahren müsse. Ein Zettel, den sie vorzeigt, scheint diese Hinterlegung zu bestätigen. Die Wirtschafterin läßt durchblicken, daß sie nicht abgeneigt wäre, die Lebensmittel billig zu verkaufen. So kaufen denn die Leute auf Grund des Hinterlegungszettels und zahlen den Kaufpreis. Die „Wirtschafterin" steckt das Geld ein und fährt schleunigst ab, und die Käufer erfahren zu spät, daß nichts hinterlegt ist. Mitteilungen nimmt Kriminalkommissar Brebeck im Polizeipräsidium entgegen.

Pfingst-Wanderfahrten

Ersatz für die Erholungsreise — In der weiteren Umgebung Berlins

Nur wenigen Menschen ist es in diesem Jahre bei den hohen Fahrpreisen und den noch phantastischeren Verpflegungskosten möglich, eine sommerliche Erholungsreise zu unternehmen. Da benutzen denn viele die Pfingsttage, um auf zwei bis drei Tage dem Häusermeer Berlins zu entfliegen und in den Wäldern der Mark eine kurze Erholung zu suchen. Um die schwierige Frage „Wohin" lösen zu helfen, lassen wir hier einige kurze Vorschläge für solche Pfingstfahrten folgen.

Um den Werbellinsee

Frühzeitig vom Stettiner Hauptpbahnhof mit Sonntagsrückfahrkarte nach Eberswalde. Hie rhaben wir Anschluß an den Zug nach Templin. Wir verlassen ihn auf Station Werbellinsee. Vom Bahnhof in südöstlicher Richtung zur Chaussee, die wir bei Stein 2,2 verlassen. An der Ziegelei vorbei zum See hinunter und auf herrlichem Uferwege in zwei Stunden über Berg und Tal nach Altenhof. Von hier entweder auf dem hochgelegenen Fahrweg immer durch herrlichsten Buchenwald oder dem Fahrweg unten am See, der hinter einer Ablage als Pfad weitergeht, in 1½ Stunde zum alten Aslaniertum und dem Anfang des Webellinkanals. An diesem weite in 1½ Stunden nach Eichhorst. Nun nördlich weiter auf der Straße nach Wildau. Hinter diesem rechts auf der Chaussee bis zum Gestell T 1, das links zum Jagdschloß Hubertusstock führt. Bildstöckl und Siegfriedbrunnen! Vom Schlosse auf der Fahrstraße zur Chaussee zurück und auf dieser immer in der Nähe des Sees nach Zabels Restaurant und Station Werbellinsee (von Eichhorst drei Stunden). Wer noch einen zweiten Tag bleiben will, übernachtet in Eichhorst, und macht am nächsten Tage einen Abstecher in die herrliche Schorfheide. Man geht von Eichhorst die Chaussee nördlich bis zur Wegeteilung, hier links. Hinter dem zweiten Knie treffen wir auf einen Fahrweg, der uns links nach dem einsam gelegenen Forsthaus Eichheide führt. Um dieses herum gehen wir in nördlicher Richtung weiter, am großen und kleinen Pinnow-See vorüber, bis wir bei Stein 162 auf einen Fahrweg treffen, den wir rechts einschlagen (Forsthaus Wildfang bleibt links liegen) und der uns zum Jagdschloß Hubertusstock führt. Von Eichhorst bis hierher 3½ Stunden.

Zu den Flämingburgen

Ein Besuch dieses Gebietes mit seinen Höhen und Schlössern ist sehr zu empfehlen. Der Ausgangspunkt hierfür ist Belzig, wohin wir von einem Fernbahnhof der Stadtbahn fahren. Die Stadt selbst bietet nichts Interessantes. Der Weg führt links der Bahn an einer kursächsischen Postsäule vorbei durch das dicht beim Städtchen liegende Dorf Sandberg. Nun bergan zum Schloß, das heut als Amtsgericht dient. Eine Umwanderung der noch wohlerhaltenen Ringmauer gibt einen Begriff von der gewaltigen Ausdehnung der Burganlagen und der Bedeutung, die dieser feste Platz in den Kämpfen des Mittelalters zwischen Brandenburg und dem Erzbistum Magdeburg hatte. Vom Schloß gehen wir durch das Wiesenburgertor zur Wiesenburger Chaussee und auf dieser bis Stein 2,4 (etwa ½ Std.), hinter diesem rechts ab und zu dem am Südabhange des Hagelberges liegenden gleichnamigen Dorfe hinauf. Prächtiger Blick nach Süden ins Land hinein. Durch das Dorf am Zaune des Schmerwitzer Tierparkes entlang (½ Stunde); dann mit einer scharfen Wendung nach Südwest, nach 10 Minuten in diesen hinein und auf breiter, von Buchen überwölbter Straße zum Dorf Schmerwitz (½ Stunde). Nun wieder ½ Stunde durch Wald. Beim Heraustreten hat man Schloß Wiesenburg vor sich. Der Landweg rechts führt in einer halben Stunde dorthin. Die späten Nachmittagsstunden benutzt man zur Besichtigung des Parkes, der Terrasse und der alten Schloßmauer. Von dem eine halbe Stunde entfernt liegenden Bahnhof kehrt man nach Berlin zurück. Wer noch einen Tag zur Verfügung hat, übernachtet in Wiesenburg und geht am nächsten Morgen sehr frühzeitig auf der Coswiger Chaussee zum Dorfe hinaus. Nun halblinks auf dem Wege nach Grubo über die Bahn und durch den Wald in 1¼ Stunde nach Welsigke. Das Dorf bleibt rechts liegen. Der Weg führt weiter in 25 Minuten nach Grubo. Hier vor der Kirche rechts (südlich) weiter durch Nadelwald und an der „Großen Rommel", die zur Linken bleibt, in 1¼ Stunde nach Raben. Von hier geht es bergan in 2 Minuten hinauf zum Rabenstein mit seinem mächtigen Bergfried. Besichtigung der Burg und Besteigung des Turmes. Der Abstieg erfolgt nach Osten. In einer Stunde erreichen wir Dorf Rädicke. Weiter auf der Straße nach Neuendorf, bei der Wegeteilung halblinks in einer Stunde nach dem Städtchen Niemegk und von hier mit der Bahn über Belzig nach Berlin zurück.

In den Spreewald

Der Ausgangspunkt für diese Fahrt ist Lübben, das wir vom Görlitzer Bahnhof aus erreichen. Von hier mit der Spreewaldbahn über Straupitz nach Burg. Kirchgang. Nun mietet man einen Kahn, schickt ihn nach Straupitzer Buschmühle voraus und wandert durch die Burger Kaupen, einem der schönsten Teile des Spreewaldes in ¾ Stunden dorthin. Wir richten uns so ein, daß wir um 2 Uhr dort sind. Nun beginnt die Kahnfahrt unter schattigem Blätterdach an den Forsthäusern Eiche, Kannomühle, der Wotschofska vorbei nach Lehde, dem Spreewald-Venedig; von hier weiter nach Lübbenau und Lübben. Hier entweder mit dem Abendzuge nach Berlin oder übernachten. Der nächste Tag führt in den Unter-Spreewald, und zwar mit der Bahn von Lübben nach Schlepzig. Von der Haltestelle gehen wir eine halbe Stunde nördlich auf der Chaussee in das Dorf; hier sichern wir uns wieder einen Kahn und bestellen ihn zur Moldenhauer Hütte. Wir wandern durch prächtiges Buchenwaldrevier dorthin (in einer halben Stunde), besteigen den Kahn und fahren durch Aldershorst immer durch schönsten Wald nach Groß-Wasserburg. Zu Fuß westlich zum Dorfe hinaus. In 15 Minuten rechts auf Oberförsters Damm in ¾ Stunden durch Wiesen (links der große Köthener See) zur Oberförsterei Wasserburg; weiter durch Wald zu Chaussee und auf dieser links in einer knappen Stunde nach Wendisch-Buchholz und in 45 Minuten zur Bahnstation Halbe, von wo mit dem Abendzug der Görlitzer Bahn nach Berlin zurückkehren. **M. S.**

Auf der Rennbahn verhaftet

120 englische Pfund unterschlagen

Ein 33 Jahre alter, aus Leipzig gebürtiger Kaufmann Walter Bochow, der in der Rollendorfstraße wohnte, erhielt Ende Januar von einer Firma in der Budapester Straße, bei der er beschäftigt war, den Auftrag, einen Brief nach der Dresdener Bank zu bringen und dafür 120 englische Pfund sich aushändigen zu lassen. Weil die Bank gerade nicht über Devisen genug verfügte, so erhielt er nur 20 Pfund. Den Rest sollte er in den nächsten Tagen holen.

Am folgenden Tage erschien er wieder und fragte, ob er nicht die 100 Pfund in einem Scheck auf eine englische Bank bekommen könne. Diesem Ausweg entsprach man, Bochow aber behielt ebenso wie die 20 Pfund auch den Scheck für sich, fälschte die Unterschrift eines Direktors und erhob den Betrag bei der Diskonto-Gesellschaft Unter den Linden. Jetzt veranlaßte er seine Geliebte, mit der er die Wohnung teilte, mit ihm Berlin zu verlassen. Das Paar fuhr nach München, stieg in einem Hotel erster Klasse ab und lebte auf großem Fuße. Die Frage der Geliebten, woher er die Mittel dazu habe, beantwortete Bochow mit — einer Tracht Prügel. Eine Revision, die die Fremdenpolizei in seinem Hotel vornahm, veranlaßte ihn, aus München nach Garmisch zu verschwinden. Erst vor einigen Tagen kehrte er mit ihr nach Berlin zurück und bezog zunächst ein Hotel und dann eine Pension in der Kantstraße. Von jeher ein Spieler und Wetter, besuchte er sofort wieder die Rennen und die Klubs, immer aufs feinste gekleidet und nirgends knauserig. In der Regel schloß er seine Geliebte ein, wenn er den grünen Rasen oder die Spielbank aufsuchte. Beim letzten Rennen in Hoppegarten wurde Bochow von einem Polizeibeamten erkannt und verhaftet.

Von den 120 Pfund besitzt Bochow fast nichts mehr. Er hat im Spiel Unsummen verloren, in einer einzigen Nacht viele Millionen; er war in der letzten Zeit schon gezwungen, einen Teil der Sachen, die er sich gekauft hatte, im Hotel für Schulden als Pfand zu lassen.

Einbrecher in der Armenspeiseanstalt. Von Einbrechern wurden in der vergangenen Nacht aus der Armenspeisungsanstalt in der Amsterdamer Straße 23 kupferne Kessel im Werte von 1½ Millionen Mark gestohlen.

Zusammenstoß zwischen Kriminalbeamten und jungen Burschen. In der vergangenen Nacht hatten Kriminalbeamte Veranlassung, an der Ecke der Rhein- und Hauptstraße sich einige junge Männer genauer anzusehen. Diese leisteten Widerstand und erhielten noch Zuzug. Weil die Beamten sich bedrängt sahen, gab einer einen Schuß ab, der einen gewissen Lussel aus der Lauenburger Straße in den Oberschenkel traf.

Angestelltentarif der Berliner Metallindustrie. Nach fast einjährigen Verhandlungen ist am 16. Mai der Rahmentarif für die Angestellten der Groß-Berliner Metallindustrie von allen Tarifvertragsparteien unterschrieben worden. Er gilt vom 1. April 1923 bis zum 31. Dezember 1924. Vollständige Druckexemplare sind zum Preise von 250 Mark ab Donnerstag, 24. Mai, in der Geschäftsstelle des Ortskartells des Afa-Bundes, Reinickendorfer Straße 118, sowie in den örtlichen Geschäftsstellen des Zentralverbandes der Angestellten, des Bundes der technischen Angestellten und Beamten und des Deutschen Werkmeisterverbandes erhältlich.

Die Lohnverhandlungen in der Berliner Metallindustrie. Die zwischen dem Deutschen Metallarbeiterverband und dem Verband Berliner Metallindustrieller geführten Lohnverhandlungen für den Monat Mai sind, wie bereits gemeldet, gescheitert, da die 100prozentigen Aufschläge auf die Aprillöhne vom Arbeitgeberverband als unannehmbar bezeichnet wurden. Infolgedessen finden heute im Reichsarbeitsministerium neue Besprechungen statt, in denen die strittigen Fragen, falls eine freie Vereinbarung wieder nicht zustandekommen sollte, durch einen Schiedsspruch geregelt werden. Heute abend wird sich eine Funktionärkonferenz der Metallarbeiter mit der Lage beschäftigen und darüber Beschluß fassen, ob durch eine Urabstimmung in den Betrieben eine endgültige Entscheidung herbeigeführt werden soll.

Berliner Handelszeitung

Börsenruhetag.

Das Geschäft in ausländischen Zahlungsmitteln ist nur sehr klein, die bevorstehenden Feiertage machen bereits ihren Einfluss auf die Stimmung des Devisenmarktes bemerkbar. Die Tendenz ist fast unverändert. An der Börse zogen die Kurse eine Kleinigkeit an, so gingen Dollarnoten mit etwa 46 500 um. Polennoten waren mit ca. 94 zu hören. Für Effekten ist wieder etwas Nachfrage vorhanden.

Devisen	17. 5. Geld	17. 5. Brief	16. 5. Geld	16. 5. Brief	Devisen	17. 5. Geld	17. 5. Brief	16. 5. Geld	16. 5. Brief
Holld. 1 Gld.	181545	182455	177308	178194	Span. 1 Pes.	711716	715284	686213	691729
Dänem. 1 Kr.	862837	867163	847873	852125	Amerika 1 D.	46533	467656	452613	454884
Schwd. 1 Kr.	12344	124069	120699	121306	Belgien 1 Frs.	267330	268610	260317	261633
Norweg. 1 Kr.	750120	753880	733162	736838	England 1 £	214711	215788	209475	210525
Finnland 1M.	129615	130325	126682	127318	Frankr. 1 Frs.	312211	313783	301843	303357
Schweiz 1Frs.	842887	847113	815985	820045	Italien 1 Lire	225936	227047	219549	220631
Argent. 1 Pes.	166981	167818	162592	163407	Bulgar. 1Lew.	37905	38093	36608	36792
Ostl. 100 K.	6523	6557	6443	6477	Jugosl. 1Din.	48977	49223	47760	48050
Ungarn 1 Kr.	817	823	827	833	Japan 1 Yen	226931	228058	219465	220555
Tsch.-Sl. 1 Kr.	139580	140380	136358	137042	Rio Jan. 1Mil.	4786	4812	458860	461130

Berliner Produktenverkehr

Die amtlich notierten Preise waren an der Berliner Börse per 50 kg ab Station: Weizen märkischer 83 000—84 000, meckl. 83 000, fest, Roggen märkischer, pomm., meckl. 73 000—75 000, fest, Gerste, Sommergerste, märkische 64 000—66 000, fest, Hafer, märkischer, schles. 60 000—62 000, fest, Mais loko Berlin 76 000, waggonfrei Hamburg 76 000—76 500, Berlin still, Hamburg fester, Weizenmehl per 100 kg frei Berlin 230 000—250 000, feinste Marken über Notiz bezahlt, sehr fest, Roggenmehl per 100 kg frei Berlin 183 000—195 000, fest, Weizenkleie 37 000—38 000, Roggenkleie frei Berlin 38 000—39 000, fester, Raps 135 000—145 000, fest, Leinsaat 145 000 bis 150 000, fest, Erbsen Vikt. 96 000—102 000, kl. Speiseerbs. 75 000—83 000, Peluschken 65 000—73 000, Ackerbohnen 55 000—60 000, Wicken 80 000—90 000, Lupinen, bl. 75 000—85 000, Lupinen, gelb 110 000—125 000, Serradella 160 000 bis 175 000, Rapskuchen 62 000—63 000, Leinkuchen 80 000—85 000, Trockenschnitt 24 000—25 000, vollw. Puckerschn. 33 000—34 000, Torfmelasse 20/70 22 000—23 000, Kartoffelflocken 37 000.

Berliner Viehmärkte am 16. Mai

Bericht der Viehzentrale G. m. b. H., Berlin-Friedrichsfelde. Auf dem Zentralviehhof waren aufgetrieben: 2438 Stück Rinder, 4000 Stück Kälber, 2249 Stück Schafe, 8387 Stück Schweine, 73 Stück ausländische Schweine. Es notierten: Rinder mit 1700—2800 M. pro Pfd. Lebendgewicht, Kälber mit 2700—4500 M. pro Pfd. Lebendgewicht, Schafe mit 1500—3000 M. pro Pfd. Lebendgewicht, Schweine mit 4300—4700 M. pro Pfd. Lebendgewicht, Klasse A für Schweine — Fettschweine über 3 Ztr — wurde nicht notiert.

Auf dem Ferkel- und Schweinemarkt auf dem Magervieihof zu Berlin-Friedrichsfelde war der Auftrieb an Ferkeln und Läuferschweinen ausserordentlich niedrig. Es standen zum Verkauf: 682 Stück Ferkel und Läuferschweine, 149 Stück Schweine. Nach Gewicht wurden Ferkel mit 7000—7500 M. und grössere Läuferschweine in der Preislage von 4200—4800 M. pro Pfund Lebendgewicht gehandelt.

Wetteraussicht für morgen in Berlin und Umgegend. Ein wenig wärmer, zeitweise heiter, aber noch überwiegend bewölkt mit etwas Regen, mit ziemlich frischen südwestlichen bis westlichen Winden.

Allgemeine Wetteraussichten für Deutschland. Oefter wiederholte, an der Küste vielfach starke, im Binnenlande schwächere Regenfälle,